

Schneider, Eberhard

Research Report

Neue "Machtminister" in Moskau: Erste wichtige Personalveränderungen Putins

SWP-Aktuell, No. 8/2001

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Schneider, Eberhard (2001) : Neue "Machtminister" in Moskau: Erste wichtige Personalveränderungen Putins, SWP-Aktuell, No. 8/2001, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/254337>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Neue »Machtminister« in Moskau

Erste wichtige Personalveränderungen Putins

Eberhard Schneider

Am 28. März 2001 ernannte Rußlands Präsident Wladimir Putin zwei neue Minister: Sergej Iwanow (Verteidigung) und Boris Gyslow (Inneres), sowie deren Stellvertreter. Eine bedeutsame Maßnahme. 1994 hatte sich der damalige Präsident Boris Jelzin neben dem Außenministerium die drei in Rußland so genannten »Machtministerien« direkt unterstellt: die Ministerien der Verteidigung und des Innern sowie den Föderalen Dienst für Sicherheit (= Inlandsgeheimdienst FSB). Später unterstellte sich Jelzin zusätzlich das Ministerium für Angelegenheiten der Zivilverteidigung und Ausnahmesituationen sowie die Föderalen Dienste für Auslandsaufklärung (= Auslandsspionage), für den Schutz Rußlands (vor allem Präsidentenschutz) und den Schutz der Grenzen (= Grenzschutztruppen). Durch die Herauslösung dieser Exekutivorgane aus der Premierunterstellung wurde die Regierung praktisch auf den Status eines Wirtschafts- und Verwaltungskabinetts reduziert. Die aktuellen Neuernennungen lassen die Entschlossenheit Putins erkennen, die schwierige Militärreform durchzuführen. Zugleich demilitarisiert er die Leitung der beiden wichtigsten »Machtministerien« und verschiebt das sicherheitspolitische Machtzentrum vom Sicherheitsrat zum Verteidigungsministerium.

Putin hatte seinem scheidenden Amtsvorgänger Jelzin am 31. Dezember 1999 zugesagt, für ein Jahr keine personellen Veränderungen in den »Machtministerien« vorzunehmen. Er verlängerte die Geltungsdauer dieses Versprechens auf ein Jahr und zwei Tage Amtszeit als gewählter Präsident. Nun ist das Moratorium abgelaufen.

Verteidigungsminister Iwanow und die Militärreform

Die Ernennung des Sekretärs des Sicherheitsrats Sergej Iwanow zum neuen Vertei-

digungsminister ist eine wichtige Weichenstellung für die schwierige Militärreform. Iwanow leitete anderthalb Jahre lang die Militärkommission des Sicherheitsrats, in der die Militärreform ausgearbeitet wurde. Nun soll der neue Verteidigungsminister die im November 2000 im Sicherheitsrat beschlossene Reform umsetzen. Von 2001 bis 2003 sollen die Streitkräfte um 365 000 auf 850 000 Soldaten reduziert und die zentralen Apparate der höchsten Militärbehörden reorganisiert werden.

Als eine der ersten Maßnahmen als neuer Verteidigungsminister verkündete

Iwanow, daß der Generalstab dem Verteidigungsminister unterstellt sei. Damit will er offenbar den bisherigen Zustand beenden, der dadurch gekennzeichnet war, daß sich der Generalstab als eigenes Organ verstand, in gewissem Maße sogar als Konkurrent des Verteidigungsministeriums.

Dem abgelösten Verteidigungsminister, Marschall Igor Sergejew, wurde das »Kursk«-Unglück im vergangenen Jahr politisch angelastet. Darüber hinaus ist er politisch belastet durch einen Streit, den er im Juli 2000 mit dem Generalstabschef, Armeegeneral Anatolij Kwaschnin, über die Abschaffung der Strategischen Rakentruppen als eigene Teilstreitkraft und ihre Vereinigung mit der Luftwaffe geführt hat. Sergejew, der als Schöpfer der Strategischen Rakentruppen gilt, hatte sich dieser Maßnahme, die im Rahmen der Militärreform vorgesehen ist, energisch widersetzt. Putin ließ Sergejew nach seiner Ablösung nicht völlig ins Leere fallen, sondern ernannte ihn zu seinem Berater für strategische Stabilität und zeichnete ihn mit dem Verdienstorden zweiter Klasse aus.

Gryslow: Neuer Innenminister

Der bisherige Vorsitzende der Staatsdumafraktion der »regierenden« Partei »Einheit«, Boris Gryslow, wurde neuer Innenminister. Seine Ernennung bedeutet eine Aufwertung der Partei und eine Belohnung Gryslows: Als Fraktionschef hatte er seine Fraktion dazu gebracht, sich nicht am Mißtrauensvotum gegen die Regierung am 13. März 2001 zu beteiligen.

Die Fraktion wollte anfangs den Mißtrauensantrag der »Kommunistischen Partei der Russischen Föderation« gegen die Regierung unterstützen, weil sie hoffte, im Falle einer Auflösung des Parlaments bei vorgezogenen Neuwahlen die Zahl ihrer Abgeordneten verdoppeln zu können. Das hätte sich als Fehleinschätzung erwiesen. Zur Auflösung der Staatsduma wäre es gekommen, wenn Putin trotz doppelter Mißtrauenserklärung am Premier Michail Kassjanow festgehalten hätte. Ausschlag-

gebend für die Nichtteilnahme der Fraktion »Einheit« dürfte gewesen sein, daß sie nicht gegen ihren eigenen Vorsitzenden Sergej Schojgu stimmen wollte, den Minister für Zivilverteidigung, Ausnahmesituationen und Beseitigung von Naturkatastrophen.

Auch Gryslows Ministerium ist von der Militärreform betroffen. Der Innenminister verfügt über eigene Truppen (etwa 200 000 Soldaten), die unter Jelzin für den Einsatz innerhalb Rußlands besser ausgerüstet wurden als die Armee. Im Rahmen der Militärreform müssen diese Truppen, die zuletzt in Tschetschenien zum Einsatz kamen, um 33 000 Soldaten reduziert werden.

Demilitarisierung der Leitung der »Machtministerien«

Jelzin hatte den Versuch, einen zivilen Verteidigungsminister zu berufen, nach heftigen Protesten der Militärs aufgegeben. Putin ist entschlossener als Jelzin und setzte sich gegen den Widerstand der Militärs durch: Zum ersten Mal tritt an die Spitze des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation ein Zivilist. Sergej Iwanow hatte zwar als hoher Geheimdienstoffizier bis November 2000 noch den militärischen Rang eines Generalleutnants des FSB, ohne jedoch die entsprechende militärische Ausbildung und Karriere durchlaufen zu haben.

Putins Wahl fiel auch deshalb auf Iwanow, weil er ihm zutraut, dem amerikanischen Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, der in der neuen Bush-Administration offensichtlich mehr politisches Gewicht hat als der Außenminister, Parol bieten zu können. Iwanow war erst kürzlich im Auftrag Putins in Washington und vertrat dort sehr eindeutig den russischen Standpunkt.

Auch der neue Innenminister Gryslow ist Zivilist, ebenso wie der neue Direktor des Föderalen Dienstes der Steuerpolizei Michail Fradkow, der von August 1999 bis Mai 2000 Handelsminister und anschließend Erster Stellvertretender Sekretär des Sicherheitsrats war. In seiner neuen Funk-

tion hat er den Rang eines Ministers. Der von Putin abgelöste Steuerpolizeichef, Generaloberst Wjatscheslaw Soltaganow, wurde neuer Stellvertretender Sekretär des Sicherheitsrats mit dem Auftrag, Korruption und Geldwäsche zu bekämpfen.

Diese Neuernennungen sind als Demilitarisierung der Führung der »Machtministerien« und der Steuerpolizei zu interpretieren. Politiker an der Spitze von »Machtministerien« tragen zu einer Politisierung der Regierung bei, die bisher als eine Art Technokratenkabinett unabhängig von den Mehrheitsverhältnissen in der Staatsduma vom Präsidenten ernannt wurde und nur ihm verantwortlich ist. Auf einem ganz anderen Blatt steht, daß die parlamentarische Kontrolle vor allem des Militärs noch viel zu wünschen übrig läßt.

Kontrolle der Militärs durch den FSB

Die KPdSU hatte immer befürchtet, daß die mächtige Armee eines Tages nach der politischen Macht greifen würde. Deshalb überzog sie das Militär mit einem dichten Netz von KGB-Agenten, die zeitweise zugleich Politoffiziere waren. Letztere erhielten in den ersten Jahrzehnten der Sowjetmacht zwar keine militärische Ausbildung, hatten aber einen militärischen Offiziersrang und konnten dem militärischen Kommandeur Befehle erteilen.

Aus dieser Zeit stammt die Animosität der Militärs gegen den Sicherheitsdienst, heißt er nun KGB oder FSB. Daß Putin vor kurzem den Militärs das Oberkommando im Tschetschenien-Krieg entzog und es dem FSB-Chef, Generaloberst Nikolaj Patruschew, übertrug, dürfte für die Militärs eine Demütigung sein; denn der Präsident hält die Armee nicht für fähig, den Tschetschenienkrieg siegreich zu beenden. Die Ernennung von Iwanow, der von 1998 bis 1999 Stellvertretender FSB-Chef war, ist für die Militärs eine weitere Demütigung, werden sie doch nun von einem ehemaligen Chef der ungeliebten Sicherheitsdienste geführt. Iwanows Herkunft aus dem FSB bedeutet zugleich eine gewisse Kontrolle des Militärs

durch den FSB. Denn es ist nicht anzunehmen, daß Iwanow seine FSB-Verbindungen völlig aufgibt.

Die Petersburg-Connection

Putin ernannte durchweg Personen, die mit ihm oder seiner Heimatstadt St. Petersburg (heute: Leningrad) verbunden sind. Iwanow stammt aus Leningrad, studierte an der dortigen Universität Philologie, besuchte wie Putin das KGB-Institut, wurde unter Putin Stellvertretender FSB-Chef und schließlich Nachfolger Putins als Sekretär des Sicherheitsrats. Der neue Verteidigungsminister ist derjenige Politiker, der Putin am nächsten steht. Als Anfang 2000 einige ausgewählte russische Journalisten Putin fragten, wem er vertraue, nannte er denn auch seinen Namen: Sergej Iwanow. Er habe die gleiche Wellenlänge. Die Ernennung Iwanows zum neuen Verteidigungsminister bedeutet somit auch eine stärkere Kontrolle des Militärs durch Putin.

Auch der neue Innenminister Gryslow hat seine Petersburg-Connection: Er lebt seit seinem vierten Lebensjahr in Leningrad und war dort bis zu seiner Wahl in die Staatsduma am 19. Dezember 1999 im Bildungsbereich und im Handelssektor tätig.

Adamow und die Atomenergie-wirtschaft

Jewgnij Adamow, abgelöster Minister für Atomenergiewirtschaft, hatte selbst seinen Rücktritt eingereicht – wahrscheinlich weil er mit seinem Entwurf für ein Gesetz über die Einfuhr ausländischen Atommülls nach Rußland in der zweiten Lesung in der Staatsduma eine Abstimmungsniederlage erlitten hatte. Ferner wurde er beschuldigt, in der Zeit von 1986 bis 1998 als Direktor des Moskauer Forschungs- und Konstruktionsinstituts für Energietechnik in dubiose Geschäfte verwickelt gewesen zu sein.

Als einziger von den entlassenen Ministern wurde Adamow von Putin keine neue Funktion übertragen. Neuer Minister für Atomenergiewirtschaft wurde der Direktor

des angesehenen Kurtschatow-Instituts für Atomenergie, Aleksandr Rumjanzew.

Da Adamow der Jelzin-»Familie« nahesteht, zeigt seine Entlassung – bzw. die Versetzung Ruschajlos (s.u.), für den dasselbe gilt, auf einen politisch weniger bedeutsamen Posten –, daß Putin sich bei seinen Personalmaßnahmen nicht mehr von Rücksichten auf Jelzin leiten läßt.

Abnehmende Bedeutung des Sicherheitsrats

Der Sicherheitsrat berät den Präsidenten in wichtigen sicherheitsrelevanten Fragen, wobei ein sehr weitgefaßter Sicherheitsbegriff zugrunde gelegt wird. Auffälligerweise befaßt sich das Gremium in letzter Zeit zunehmend auch mit außenpolitischen Fragen.

Immer wenn der Sicherheitsrat größere politische Bedeutung erlangte, lag das meist an der Person des Vorsitzenden. Das gilt sowohl für die Amtszeit von Sekretär Aleksandr Lebed, der 1996 mit den Tschechen ein Abkommen über die Beendigung des Krieges und den Wiederaufbau des Landes erreichte, wie zuletzt auch für den Sicherheitsrat unter Iwanow. Unter Generaloberst Wladimir Ruschajlo, dem abgelösten Innenminister und neu ernannten Sekretär des Sicherheitsrates, dürfte sich das ändern. Denn ein so machtbewußter Politiker wie Iwanow läßt sich wohl kaum die Zuständigkeit für die wichtigen militär- und sicherheitspolitischen Fragen wegnehmen.

Ruschajlo, der sich als neuer Sekretär des Sicherheitsrats vor allem um die schwierige Lösung des Tschetschenien-Problems kümmern soll, hat gute Verbindungen zu Boris Beresowskij. Dieser hatte in seiner kurzzeitigen Funktion als Stellvertretender Sekretär des Sicherheitsrats 1996/97 das Lebed-Abkommen umgesetzt. Dazu konnte er als Besitzer mehrerer Ölfirmen erfolgreich seine guten Kontakte nach Tschetschenien nutzen.

»Dekapitalisierung« der Machtminister

Die bisherige Stellvertretende Finanzministerin Ljubow Kudelina wurde zu einem der Stellvertretenden Verteidigungsminister mit der Zuständigkeit für den Militärhaushalt und somit für die finanzielle Absicherung der Militärreform ernannt. Frau Kudelina leitete von 1996 bis 1999 das Departement Rüstungskomplex im Finanzministerium, ist also mit der Problematik vertraut.

Darüber hinaus berief Putin Generaloberst Wladimir Wassiljew zu einem der Stellvertreter Gryslows mit der Zuständigkeit für die Finanzmittel des Innenministeriums. Wassiljew war von 1998 bis 1999 Erster Stellvertretender Innenminister und anschließend Stellvertretender Sekretär des Sicherheitsrats.

Diese Ernennungen bedeuten die – so die Bezeichnung in Moskau – »Dekapitalisierung« der wichtigsten Machtminister. Die Finanzmittel der beiden Ministerien kontrolliert nicht mehr der Minister selbst, sondern einer seiner Stellvertreter.

Ausblick

Putin teilte am 28. März mit, daß er weitere Ernennungen plane, welche die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich ziehen würden. Putin handelt überlegt und systematisch und nicht so impulsiv wie Jelzin. Die Neuernennungen an der Spitze wichtiger Ministerien, die wir jetzt erlebt haben, bilden den Auftakt eines umfassenden und länger dauernden personellen und strukturellen Umbau- und Straffungsprozesses von Präsidialadministration und Regierung, die aus über 30 Ministerien, Staatskomitees, Föderalen Diensten und Föderalen Aufsichten besteht. In Moskau wird mit einem neuen Regierungschef und einem neuen Außenminister gerechnet sowie mit Neu-besetzungen im Bereich der Ministerien des Wirtschaftskomplexes.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2001
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Gestaltungskonzept
Gorbach Büro für Gestaltung und Realisierung
Buchendorf